



Frau Bundeskanzlerin

# Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 49  
09.12.2016

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 36 % bzw. 35 %, SPD bei 22 %
Wirtschaft:	Optimistische Erwartungen bei derzeitiger Wirtschaftsentwicklung sinken; langfristige Wirtschaftserwartungen eher pessimistisch
Allgemeine Lebenslage:	Hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland
Themen Bundesregierung:	Rentenpolitik, Flüchtlingspolitik
Wichtigste Themen:	Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik Präsidentschaftswahl in den USA
Anlage:	Zeitreihen

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS	<b>FG Wahlen<sup>2</sup></b> für ZDF	<b>infratest dimap<sup>3</sup></b> für ARD
CDU/CSU	36 (-1)	36 (-1)	36 (-)	35 (+2)
SPD	22 (-)	22 (-)	22 (+1)	22 (-)
FDP	6 (+1)	5 (-)	5 (-)	5 (-1)
DIE LINKE	10 (+1)	10 (-)	10 (-)	9 (-)
B'90/Grüne	11 (+1)	10 (-1)	10 (-1)	11 (-1)
AfD	10 (-1)	13 (+1)	12 (-1)	13 (-)
Sonstige	5 (-1)	4 (+1)	5 (+1)	5 (-)
Erhebungszeitraum	28.11.-02.12.	01.-07.12.	06.-08.12.	05.-07.12.

Die Union liegt bei forsa 14 (-1), bei Emnid 14 (-1), bei FG Wahlen 14 (-1) und bei infratest dimap 13 (+2) Prozentpunkte vor der SPD.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern
Merkel	51 (-1)
Gabriel	15 (+1)
Erhebungszeitraum	28.11.-02.12.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 36 (-2) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

91 % (+1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (+1) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 81 % (+3) für Merkel und 7 % (-) für Gabriel entscheiden.

38 % (-5) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 32 % (-) Merkel.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (11.12.2016)

<sup>2</sup> im Vergleich zur KW 47

<sup>3</sup> im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 44

## Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	32	(+1)
SPD	9	(-3)
sonstige Parteien	10	(-)
keine Partei	49	(+2)
Erhebungszeitraum	28.11.-02.12.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 23 (+4) Prozentpunkte vor der SPD.

49 % (+2) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

76 % (+4) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 40 % (-4) von ihrer Partei.

## Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF	
eher aufwärts	22	(-3)
eher abwärts	19	(-1)
nicht so viel anders	56	(+5)
Erhebungszeitraum	06.-08.12.	

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 45 leicht verschlechtert.

Anhänger der Grünen (33 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Aufwärtstrend.

Anhänger der AfD (29 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.

## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	18	(-)
schlechter	39	(-1)
unverändert	40	(+2)
Erhebungszeitraum	28.11.-02.12.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 21 (-1) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

## Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 46

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	45 (+3)
eher in die falsche Richtung	47 (-2)
Erhebungszeitraum	28.11.-02.12.

Anhänger der Union (64 %), der SPD und der Grünen (jew. 50 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht.

Für Ostdeutsche (56 %), Geringverdiener (54 %), Personen mit mittlerer formaler Bildung (53 %) und 30- bis 59-Jährige (52 %) sowie für Anhänger der AfD (90 %) und der Linkspartei (66 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.

## Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 46

Wie zufrieden sind Sie ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
mit der Lebensqualität in Deutschland	87 (+1)	13 (-1)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	65 (-)	30 (+2)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	44 (-4)	55 (+4)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	42 (-)	55 (+1)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	40 (-1)	55 (+1)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	37 (-)	55 (-1)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	34 (+3)	61 (-4)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	32 (-2)	66 (+2)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	26 (-)	71 (-1)
Erhebungszeitraum	28.11.-02.12.	

Jeweils eine absolute Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (87 %) und der Lage am Arbeitsmarkt (65 %) (sehr) zufrieden. In sieben von neun Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger oder gar nicht zufrieden.

Anhänger der Linkspartei (61 %), der Grünen (60 %) und der SPD (51 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 30-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (61 % zu 30 %), Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (51 % zu 32 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (52 % zu 36 %), Westdeutsche häufiger als Ostdeutsche (47 % zu 32 %) und Männer häufiger als Frauen (50 % zu 39 %). Anhänger der AfD (82 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Ostdeutsche (78 %), 45- bis 59-Jährige, Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 72 %) und Geringverdiener (71 %) sowie Anhänger der Linkspartei (83 %) und der AfD (80 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit.

Unter 60-Jährige (78 %), Geringverdiener (77 %), Ostdeutsche und Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 76 %) sowie Anhänger der Linkspartei (92 %), der AfD (90 %) und der Grünen (78 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit der Sicherung der Altersversorgung.

## Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 46

	forsa für BPA	
Rente, Rentenpolitik	25	(+4)
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik	20	(-1)
Pkw-Maut	10	(+3)
Ausländer/Integration	5	(-2)
Verhältnis zur Türkei	3	(-)
Diskussion um Zukunft/Krise der EU	3	(+2)
Erhebungszeitraum	28.11.-02.12.	

Die Renten- und die Flüchtlingspolitik sind die Themen, die die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.

Die Rentenpolitik wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der FDP (36 %), der Linkspartei (35 %) und der AfD (34 %) genannt. Über 45-Jährige nennen das Thema häufiger als unter 30-Jährige (33 % zu 6 %), Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (33 % zu 16 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (29 % zu 16 %).

Die Flüchtlingspolitik wird überdurchschnittlich häufig von 30- bis 44-Jährigen (28 %) sowie von Anhängern der Union (26 %) und der AfD (25 %) genannt. Gutverdiener nennen dieses Thema häufiger als Geringverdiener (26 % zu 13 %). Unter 30-Jährige (13 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung (14 %) nennen die Flüchtlingspolitik unterdurchschnittlich oft.

# Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	23 (+4)
Präsidentschaftswahl in den USA	21 (-9)
Wahl in Österreich	13 (neu)
Verfassungsreferendum in Italien	9 (neu)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	6 (-4)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	5 (+2)
Erhebungszeitraum	05.-06.12.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit zwei Themen: den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik und der Präsidentschaftswahl in den USA.

Geringverdiener (30 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung (28 %) sowie Anhänger der AfD (45 %) nennen die Flüchtlingsströme bzw. die europäische Einwanderungspolitik besonders häufig. Ostdeutsche (15 %) und unter 35-Jährige (18 %) nennen das Thema unterdurchschnittlich oft.

Unter 35-Jährige nennen die Präsidentschaftswahl in den USA häufiger als über 65-Jährige (33 % zu 11 %), Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (26 % zu 11 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (25 % zu 11 %). Anhänger der AfD (8 %) und der FDP (15 %) nennen das Thema unterdurchschnittlich oft.



















